



Schweizerischer Bauernverband  
Union Suisse des Paysans



Schweizerischer Gewerbeverband  
Union suisse des arts et métiers

---

Schweizerisches Komitee „Binnenwirtschaft für ein JA zum freien Personenverkehr“

---

## **Medienmitteilung**

# **Personenverkehrsabkommen sichert den Produktionsstandort Schweiz**

**Das Schweizerische Komitee „Binnenwirtschaft für ein JA zum freien Personenverkehr“ setzt sich im Namen von Landwirtschaft und Gewerbe dafür ein, dass die Abstimmungsvorlage im September angenommen wird. Die Erhaltung des Produktionsstandortes Schweiz sowie negativen Folgen einer Auflösung der bilateralen Verträge mit der EU stehen im Vordergrund.**

Dem vom Schweizerischen Bauernverband (SBV) und Schweizerischem Gewerbeverband (SGV) gegründete Komitee gehören weit über 100 namhafte Persönlichkeiten aus Politik, Gewerbe und Landwirtschaft an. Heute haben Vertreter in Bern an einer Medienorientierung ihre Argumente für ein Ja am 25. September dargelegt.

Für den SBV-Präsidenten, Nationalrat Hansjörg Walter, ist die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Staaten aus zwei Gründen entscheidend. Die Schweizer Landwirtschaft ist auf Arbeitskräfte aus diesen Ländern angewiesen, um die Produktion in der Schweiz sicherzustellen. Sie braucht zudem die bilateralen Abkommen, um ihre Produkte auf dem europäischen Markt verkaufen zu können. „Wenn die Ausdehnung abgelehnt wird, droht die Schweizer Landwirtschaft zwischen den hohen Produktionskosten und immer vehementer geforderten Preisen auf EU-Niveau aufgerieben zu werden“, betonte Walter. Ruth Streit, Präsidentin des Schweizerischen Bäuerinnen- und Landfrauenverbandes, rechnet im Falle eines Neins mit der Abwanderung der Produktion in den arbeitsintensiven Bereichen ins Ausland und mit vermehrten Importen. „Damit würden nicht nur die Arbeitsplätze und Existenzgrundlagen für die Landwirtschaft, sondern auch in den vor- und nachgelagerten Sektoren verloren gehen. Der ländliche Raum stünde insgesamt als Verlierer da.“

Nationalrat Edi Engelberger, Präsident des SGV, machte klar, dass die von den Gegnern geschürten Ängste unbegründet sind. Die Öffnung gegenüber den neuen EU-Staaten erfolge schrittweise und kontrolliert, zudem schützten verschärfte flankierende Massnahmen den Schweizer Arbeitsmarkt vor Lohn- und Sozialdumping. Eine Ja-Parole sei zwingend. „Bundesrat Blocher hat zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit gesagt, man könne das Risiko wagen. Ich gehe noch einen Schritt weiter und bin entschieden der Auffassung, dass wir es wagen müssen. Alles andere würde den Wirtschaftsstandort und Arbeitsplatz Schweiz, der sich ohnehin nicht gerade in Hochform präsentiert, weiter schwächen“, meinte Engelberger. Nationalrat Jean-François Rime zeigte als Inhaber von drei KMU konkret auf, wie wichtig die Personenfreizügigkeit für seine Betriebe ist. Auch er befürchtet, dass bei einem Nein die Arbeitsplätze vermehrt ins Ausland abwandern würden: „Wenn die Arbeiter nicht zu den Maschinen kommen können, werden die Maschinen zu den Arbeitern gehen.“ Rime sieht auch die Gefahr, dass bei einem Ende des bilateralen Weges der Druck auf einen EU-Beitritt der Schweiz erhöht würde.

### **Für weitere Informationen:**

- **Nationalrat Edi Engelberger**, Natel 079 340 46 76
- **Nationalrat Hansjörg Walter**, Natel 079 404 33 92

Bern, 18. August 2005

## Die Erweiterung der Personenfreizügigkeit ist für die Landwirtschaft von grösster Bedeutung

*Hansjörg Walter, Präsident des Schweizerischen Bauernverbandes*

**Am 25. September 2005 stimmt das Schweizer Volk über die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Staaten ab. Ein Ja zu dieser Vorlage ist für die Landwirtschaft von grosser Bedeutung, ist sie doch auf das Engagement von Arbeitskräften aus diesen Ländern angewiesen. Nur so kann die Produktion in der Schweiz sichergestellt werden. Bei einem Nein kann die EU zudem die bestehenden bilateralen Verträge kündigen. Damit wird der Zugang für unsere Landwirtschaftsprodukte zum europäischen Markt stark behindert. Die Schweizer Landwirtschaft wäre die Verliererin und würde zwischen den hohen Produktionskosten und immer vehementer geforderten Preisen auf EU-Niveau aufgerieben.**

Die Anstellung von geeignetem Personal aus dem Inland oder aus den "alten" EU-Staaten, wird für die Betriebsleiter ständig schwieriger. Deshalb ist die Schweizer Landwirtschaft dringend auf Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen. Die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit bringt eine wesentliche Erleichterung und erhöht die Chancen, die Produktion von hochwertigen Landwirtschaftsgütern in der Schweiz halten zu können. In den letzten Jahren wurde im Rahmen der geregelten Praktikantenprogramme bereits eine gewisse Öffnung des Arbeitsmarktes in den neuen EU-Ländern vorgenommen. Die Lösung über die Praktikantenprogramme ist aber nicht befriedigend, da bei Praktikanten der Schwerpunkt des Aufenthaltes in der Weiterbildung liegt, was auch richtig ist. Im Rahmen der Übergangslösung wurde 2005 ein Kontingent von 2500 Kurzaufenthaltern bewilligt. Die im Rahmen der Übergangsfrist bis 2011 vorgesehene Kontingentierung und die vorgesehenen Kontrollmechanismen erachten wir als sinnvoll und zweckmässig. Den flankierenden Massnahmen können wir zustimmen, wenn auch mit wenig Begeisterung.

Bei einem Nein zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit sind die bisherigen Rekrutierungsmöglichkeiten in hohem Mass gefährdet. Das Kontingent, der im Rahmen der Übergangsregelung für das Jahr 2005 bewilligten Kurzaufenthalter, fiel sofort dahin und es dürfte äusserst schwierig werden, die heute bestehenden Sonderlösungen für die Landwirtschaft neu auszuhandeln. Wenn der Schweizer Landwirtschaft die dringend benötigten geeigneten Arbeitskräfte vorenthalten werden, wären vor allem arbeitsintensive Kulturen wie Gemüse, Obst, Beeren und Wein in der Schweiz bedroht. Bei einer Verlagerung der Produktion ins Ausland entfallen aber nicht nur die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, ebenso gehen tausende von Arbeitsplätzen in den der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Branchen verloren. Insgesamt wird damit der ländliche Raum empfindlich geschädigt.

Die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Staaten, bringt der Schweizer Wirtschaft aber auch den Zugang zu einem Markt mit 75 Millionen Konsumenten. Dieser Marktzugang ist auch für die Landwirtschaft positiv zu werten. Dagegen kann die EU bei einem Nein die bilateralen Verträge mit der Schweiz aufkündigen. Dank der bilateralen Verträge konnte der Export von Landwirtschaftsgütern, und hier insbesondere von Milchprodukten, erheblich gesteigert werden. Ohne bilaterale Verträge ist unseren Produkten der Zugang auf den europäischen Märkten praktisch verwehrt. Fazit: Die Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf die neuen EU-Staaten und damit die Zustimmung zum Zusatzprotokoll, ist für die Landwirtschaft von vitaler Bedeutung. Aus diesen Gründen empfehlen wir den Bauernfamilien, am 25. September 2005 ein JA in die Urne zu legen.

## **Überzeugtes Ja des Gewerbes zur Erweiterung der Personenfreizügigkeit**

*Nationalrat Edi Engelberger, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes*

**Am kommenden 25. September 2005 stimmt das Schweizer Volk über die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Staaten ab. Ein Ja zu dieser Vorlage ist für das Gewerbe und die KMU als wichtiger Teil der Volkswirtschaft von grösster Bedeutung. Die von den Gegnern geschürten Ängste sind unbegründet: Die Öffnung gegenüber den neuen EU-Staaten erfolgt schrittweise und kontrolliert, verschärfte flankierende Massnahmen schützen den Schweizer Arbeitsmarkt vor Lohn- und Sozialdumping. Ein Nein dagegen wäre verheerend: Die bilateralen Verträge mit der EU würden hochgradig gefährdet, der Imageschaden für die Schweiz wäre enorm, mit entsprechenden negativen Folgen für den Produktionsstandort und Arbeitsplatz Schweiz.**

Was passiert bei einem Ja am 25. September? Die Antwort ist einfach: Praktisch nichts! Für die neuen EU-Staaten gelten noch längere Übergangsfristen und strengere Schutzklauseln als für die bisherigen 15 EU-Länder. Bis 2011 wird die Zuwanderung durch Bevorzugung von Inländern sowie Überwachung der Lohn- und Arbeitsbedingungen strikt reguliert, Kontingente sind sogar bis 2014 möglich. Und falls alle Stricke reissen sollten: Im Jahre 2009 könnte das Schweizer Volk mit einer Referendumsabstimmung die Notbremse ziehen. Zusätzliche Sicherheit geben auch die flankierenden Massnahmen zum Schutz des Schweizer Arbeitsmarktes. Sie sind jetzt nochmals verschärft werden und gelten auch für ausländische Firmen; die schweizerischen Lohn- und Arbeitsbedingungen dürfen nicht missbräuchlich unterboten werden.

Was passiert bei einem Nein am 25. September? Die Antwort ist ebenso einfach wie bei einem Ja, nur mit umgekehrtem Vorzeichen: Sehr viel, und zwar „vom Strübsten“. Ein Nein würde die gesamten Bilateralen mit der EU leichtfertig aufs Spiel setzen. Die EU könnte eine Diskriminierung einzelner Mitglieder durch den Drittstaat Schweiz schwerlich akzeptieren. Selbst wenn die EU die Verträge nicht kündigen würde, wäre der Schaden immens: Die Wirtschaftsbeziehungen mit den neuen, aufstrebenden EU-Staaten wären im Eimer, die schweizerische Exportwirtschaft müsste mit grossen Schwierigkeiten und Schikanen auf den EU-Märkten rechnen. Und dann könnte etwas eintreffen, was sich die Gegner der Vorlage keinesfalls wünschen: Der Druck auf einen EU-Beitritt dürfte zunehmen. Schliesslich sei all jenen, denen das Lohn- und Sozialdumping ein Dorn im Auge ist, folgendes ins Stammbuch geschrieben: Bei einem Nein würden die verschärften flankierenden Massnahmen, die sich auch gegen die bisherigen 15 EU-Länder richten, nicht in Kraft treten.

Die schweizerische Gewerbekammer, das Parlament des Gewerbes, hat am 26. April 2005 die Vorlage kontradiktorisch behandelt und nach gewalteter Diskussion mit der überwältigenden Mehrheit von 42 zu 3 Stimmen die Ja-Parole beschlossen. Eine nüchterne Analyse der Abstimmungsvorlage kann effektiv nur zu diesem Schluss führen. Bundesrat Blocher hat zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit gesagt, man **könne** das Risiko wagen. Ich gehe noch einen Schritt weiter und bin entschieden der Auffassung, wir **müssen** es wagen. Alles andere würde den Wirtschaftsstandort und Arbeitsplatz Schweiz, der sich ohnehin nicht gerade in Hochform präsentiert, weiter schwächen. Solchen Luxus können wir uns schlicht und einfach nicht mehr leisten.

## **Seien wir vernünftig: Wir brauchen dieses Abkommen!**

*Nationalrat Jean-François Rime, Unternehmer*

**Ich möchte zuerst daran erinnern, dass der freie Personenverkehr nicht etwas Neues ist sondern Teil der sieben bilateralen Abkommen I, die im Jahr 2000 von über 67 % der Schweizer Bürgerinnen und Bürger gutgeheissen wurden. Indem man der Schweiz eine Übergangsfrist zugestanden hat, findet die eigentliche Öffnung für Staatsangehörige aus Osteuropa nicht vor 2011 statt, Kontingentierungsmassnahmen sind sogar bis 2014 möglich. Zudem werden die seit Juni 2004 geltenden flankierenden Massnahmen verstärkt; vorgesehen sind 14 zusätzliche Bestimmungen, die jede Absicht auf unlautere Konkurrenz stark eingrenzen.**

Als Unternehmer bin ich selber Patron von drei KMU. Für jedes von ihnen hat die Personenfreizügigkeit unterschiedliche Konsequenzen.

Das erste Unternehmen ist eine Sägerei mit 80 Angestellten. Sie exportiert 30% ihrer Produktion. Die Betriebsausrüstung ist sehr modern, doch wir haben grosse Schwierigkeiten, qualifiziertes Personal zu finden, zumal im Team gearbeitet werden muss. Die Rekrutierung von Lehrlingen ist quasi unmöglich. Wir suchen beispielsweise einen Spezialisten für die Bandsäge und hoffen nun, in Frankreich fündig zu werden.

Für den zweiten Betrieb, der rund 30 Personen beschäftigt und im Bereich der Strassensicherheit (Anbringen von Leitplanken und Schutzzäunen) tätig ist, stellt der freie Personenverkehr eine gewisse Gefahr dar. Der Zugang zum Markt ist für ausländische Unternehmen einfacher geworden. Einige Konkurrenten haben bereits auf ausländische Montageequipen zurückgegriffen. Doch die begleitenden Massnahmen werden eine „wilde“ Konkurrenz verhindern. Zudem können wir auch unsere Vorteile ins Feld führen: Nähe, Schnelligkeit, hohe Arbeitsqualität.

Bei der dritten Firma handelt es sich um eine Landschaftsgärtnerei mit 10 Beschäftigten. Der freie Personenverkehr tangiert diesen Betrieb kaum. Mit Ausnahme der Grenzregionen konnten wir in dieser Sparte bis heute keinen Zustrom von ausländischen Firmen feststellen. Die Personenfreizügigkeit und deren Ausweitung stellen für unser Land eine wichtige Veränderung dar, was konsequenterweise auch einige Risiken mit sich bringt. Doch mit den vorgesehenen Massnahmen lassen sich diese Risiken einschränken.

- Die Konsequenzen eines Nein am 25. September sind dagegen viel schwieriger vorzusehen: Vermehrte Abwanderung der Exportindustrien. „Wenn der Arbeiter nicht zu den Maschinen kommen kann, bringt man die Maschinen zum Arbeiter“
- Aufkündigung der Bilateralen I durch die Europäische Union und Verlust der Zugeständnisse
- Ende des Systems der bilateralen Abkommen und Druck der „Euro-Turbos“ für den Beitritt zur Europäischen Union – was eine Mehrheit des Schweizer Volkes nicht wünscht.

Im Namen des Gewerbes und der schweizerischen KMU möchte ich Sie dazu ermutigen, Ja zur Erweiterung der Personenfreizügigkeit zu sagen. Wir profitieren damit von einem dynamischeren Wirtschaftsumfeld, verfügen über einen Arbeitsmarkt, der den Bedürfnissen der Handwerksbetriebe besser entspricht, und haben leichter Zutritt zu den Wachstumsmärkten.

## **Bäuerinnen und Landfrauen sagen Ja zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Staaten**

*Ruth Streit, Präsidentin des Schweizerischen Bäuerinnen- und Landfrauenverbandes*

**Die Annahme der Vorlage über die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit hat auch für die Bäuerinnen und Landfrauen eine grosse Bedeutung. Schliesslich geht es nicht zuletzt darum, die Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu erhalten. Die Existenz der Bauernfamilien wird gesichert und die dezentrale Besiedlung unseres Landes unterstützt. Der Zugang zum europäischen Raum, sei dies im Bereich des Marktes, der Bildung oder der Arbeit, bleibt erhalten und wird erweitert.**

Die geregelte Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf die neuen Staaten der EU ist für die Familien im ländlichen Raum von grosser Bedeutung. Sie ermöglicht es der Landwirtschaft, die dringend benötigten, geeigneten Arbeitskräfte zu engagieren. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für die Aufrechterhaltung einer konkurrenzfähigen Produktion. Wird die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit dagegen abgelehnt, befürchten wir, dass die Produktion in den arbeitsintensiven Bereichen ins Ausland abwandert und die Produkte stattdessen importiert werden. Damit gehen nicht nur die Arbeitsplätze und Existenzgrundlagen für die Landwirtschaft, sondern auch in den vor und nachgelagerten Sektoren verloren. Der ländliche Raum steht insgesamt als Verlierer da.

Die Gegner sprechen von chaotischer Zuwanderung und Lohnrückerei. Wir halten die Angst, welche sie damit schüren, als unbegründet. Die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit erfolgt geregelt und kontrolliert. Die flankierenden Massnahmen sind ausreichend und verhindern Lohndumping und Missbrauch. Die in der Landwirtschaft bestehenden Normalarbeitsverträge und die sozialpartnerschaftlich vereinbarten Lohnrichtlinien, verhindern auch in unserer Branche den Missbrauch. Auf der anderen Seite werden mit einem ja die bestehenden bilateralen Verträge mit der EU gesichert. Unsere Wirtschaft kann damit ihre Chancen im gesamten europäischen Raum wahrnehmen. Unseren Jungen stehen die Bildungsgangbote und der Arbeitsmarkt in der ganzen EU offen. Die gegenseitige Anerkennung der Zeugnisse und auch die für uns so wichtige geschützte Herkunftsbezeichnung (AOC) bleiben bestehen. All diese Vorteile werden bei einem Nein aufs Spiel gesetzt.

Bei einem Nein am 25. September 2005 gerät die Schweizer Wirtschaft, insbesondere aber die Landwirtschaft, unter enormen Druck. Die Gefahr einer einseitigen Akzeptanz von EU-Bedingungen für den Import, ohne Gegenrecht für den Export, ist mehr als nur ein Angstgespenst. Ich sehe die Gefahr dass

- Wir kein geeignetes Personal mehr finden;
- unsere Exportmöglichkeiten eingeschränkt werden;
- wir in einem hohen Kostenumfeld auf EU-Preisniveau produzieren sollten;
- die leeren Bundeskassen keine weiteren Unterstützungen zulassen.

Andererseits wird

- die Produktion ausgelagert und in der Schweiz herunter gefahren;
- die Existenzgrundlage für viele Familien im ländlichen Raum zerstört;
- die Arbeitsplätze im vor- und nachgelagerten Gewerbe abgebaut;
- der ländliche Raum insgesamt stark geschwächt.

Aus diesem Grund legen die Familien im ländlichen Raum am 25. September 2005 ein JA in die Urne.



Schweizerischer Bauernverband  
Union Suisse des Paysans

sgv  usam

Schweizerischer Gewerbeverband  
Union suisse des arts et métiers

---

Schweizerisches Komitee „Binnenwirtschaft für ein JA zum freien Personenverkehr“  
Comité suisse „L'économie de proximité pour un OUI à la libre circulation des personnes“

---

### ***Präsidium / présidents***

**Edi Engelberger** (NR, Präsident Schweiz. Gewerbeverband) und **Hansjörg Walter** (NR, Präsident Schweiz. Bauernverband)

### ***Vizepräsidium / vice-présidents***

**Marianne Slongo-Albrecht** (SR, Bauunternehmerin), **Ruth Streit**, (Präsidentin des Schweizerischen Bäuerinnen- und Landfrauenverbandes und Winzerin); **Jean-François Rime** (NR, Unternehmer), **Serge Beck** (NR, Landwirt in Le Vaud) und **Luc Barthassat** (NR, Winzer)

### ***Mitglieder / membres***

**Anderegg-Dietrich Kathrin**, Präsidentin Berner KMU

**Balmer Walter**, Präsident Lobag

**Barde Michel**, Directeur général FER-Ge

**Bélaz Charles**, Directeur général Manpower Suisse

**Beltrami Rhea**, Mitglied Geschäftsleitung, Schweizerischer Bauernverband

**Bezzola Duri**, NR und Bauunternehmer

**Bigi Romano**, Präsident Boden Schweiz

**Binswanger Andreas**, Präsident des Thurgauer Bauernverbandes

**Bourgeois Jacques**, Direktor, Schweizerischer Bauernverband

**Brändli Christoffel**, SR

**Bravo Heidi**, Stabsstelle Internationales, Schweizerischer Bauernverband

**Bucher Heiri**, Mitglied Geschäftsleitung, Schweizerischer Bauernverband

**Bucher Ralf**, Geschäftsführer des Aargauer Bauernverbandes

**Büchler Jakob**, NR und Landwirt

**Bugnon André**, NR und Weinbauer

**Burri Erhard**, Geschäftsführer Gemeinschaftsstiftung für das Gewerbe

**Büttiker Rolf**, SR, Präsident Schweizer Fleisch-Fachverbände

**Chevrier Maurice**, NR, Präsident Fédération laitière valaisanne

**Coudray Jacques-Roland**, Präsident der Walliser Industrie- und Handelskammer und der FRMPP

**Dreher Peter**, Präsident des Schweiz. Maler- und Gipserunternehmer-Verbandes

**Dupraz John**, NR, Vizepräsidenten des Schweiz. Bauernverbandes

**Edelmann Peter**, Präsident des Viscom  
**Eggel Dominic**, Präsident Oberwalliser Landwirtschaftskammer  
**Eggenschwiler Christoph**, Mitglied Geschäftsleitung, Schweizerischer Bauernverband  
**Eggenschwiler Vincent**, Président de la Chambre jurassienne d'agriculture  
**Egli Hanspeter**, Präsident des Schwyzer Bauernverbandes  
**Epiney Simon**, NR  
**Fasel Josef**, Präsident des Freiburger Bauernverbandes  
**Favre Laurent**, Direktor der Neuenburger Landwirtschaftskammer  
**Fellay Nicolas**, Direktor des Verbandes schweizerischer Gemüseproduzenten  
**Flückiger Hanspeter**, Leiter Agroimpuls  
**Früh Hans-Rudolf**, alt NR, ehem. Präsident des Schweiz. Gewerbeverbandes  
**Germanier Jean-René**, NR, Weinbauer  
**Gertsch Hans**, Präsident des Schweizerischen Gerüstbau-Unternehmer-Verbandes  
**Gfeller Kurt**, Präsident Verein Artisana  
**Giger Kuno**, Zentralpräsident von CoiffureSuisse  
**Glasson Jean-Paul**, NR, Unternehmer  
**Grob Jaques**, Präsident des Fachverbandes der Schweiz. Kies- und Betonindustrie  
**Grossniklaus Fritz**, Frutiger AG  
**Gschwind Gregor**, Präsident des Bauernverbandes  
**Gubler Robert**, Präsident des Kantonalen Gewerbeverbandes Zürich  
**Gysin Hans Rudolf**, NR, Direktor Wirtschaftskammer Basel-Land  
**Haas Walter**, Präsident Luzerner Bauerinnen und Bauern Verband  
**Hascher Hermine**, Geschäftsführerin des Thurgauer Bauernverbandes  
**Hassler Hansjörg**, NR, Landwirt  
**Hauswirth Jean-Jacques**, Präsident FRMB  
**Haymoz Armin**, Präsident Swissfashion Stores  
**Helfenstein Sandra**, Stv. Leiterin Kommunikation, Schweizerischer Bauernverband  
**Hodel Alois**, Sekretär des Luzerner Bauernverband  
**Hofer Urs**, Präsident des Verbandes Schweiz. Verzinkereien  
**Hug Hans**, Präsident des Schweiz. Rauhfutter-Verband  
**Hutter Markus**, NR, Unternehmer  
**Ineichen Otto**, NR, Unternehmer  
**Jornod Etienne**, Präsident der Galenica AG  
**Kamm Bruno**, Präsident des Verbandes Schweizerischer Metzgermeister  
**Kauter Christian**, CEO der APG (au besoin présenter des exposés ou rédiger un article pour la presse)  
**Keller Damian**, Geschäftsführer Krankenkasse AGRISANO  
**Keller Robert**, NR, Unternehmmer  
**Kohli Christian**, Leiter Geschäftsbereich SBV Versicherungen

**Kolly René**, Präsident der Fromarte  
**Kündig Markus**, altSR, ehem. Präsident des Schweiz. Gewerbeverbandes  
**Künzli Adrian**, Präsident des Kantonalen Gewerbeverbandes Appenzell Ausserrhoden  
**Künzli Klaus**, Zentralpräsident der GastroSuisse  
**Kurrus Paul**, altNR, Präsident der Aerosuissel  
**Leu Josef**, NR  
**Leutenegger Hajo**, altNR, Direktor Wasserwerke Zug  
**Lustenberger Ruedi**, NR, Unternehmer  
**Maissen Theo**, SR, Landwirt  
**Möri Hans Rudolf**, Präsident der Swisscofel  
**Müller Hans**, Geschäftsführer  
**Müller Walter**, NR, Landwirt  
**Neuhaus Peter**, Geschäftsführer Stiftung KMU Schweiz  
**Neuhaus Werner, Mitglied** Geschäftsleitung, Schweizerischer Bauernverband  
**Niederberger Alois**, Präsident des Kantonalen Gewerbeverbandes Schwyz  
**Niklaus Ulrich**, Vorstandsmitglied des Schweiz. Baeurnverbandes  
**Oechslin Peter**, Präsident des Kantonalen Gewerbeverbandes Schaffhausen  
**Repond Bernard**, Vizepräsident des Schweiz. Gewerbeverbandes, Unternehmer  
**Ritter Markus**, Präsident des St. Galler Bauernverbandes  
**Ritz Rosemarie**, Geschäftsführerin Oberwalliser Landwirtschaftskammer  
**Rufer Martin**, Stv. Leiter Dept. Agrarwirtschaft, Schweizerischer Bauernverband  
**Ryser Ulrich**, Leiter Geschäftsbereich Treuhand / Schätzungen, Schweiz. Bauernverband  
**Schilliger Peter**, Zentralpräsident der suissetec  
**Schmid Werner**, Präsident des Kantonalen Gewerbeverbandes Basel-Stadt  
**Schneider Urs**, Stv. Direktor, Schweizerischer Bauernverband  
**Schnyder Ruedi**, Präsident Thurgauer Milchproduzenten  
**Schober Fritz**, Geschäftsführer Vorsorgestiftung der Schweizerischen Landwirtschaft  
**Schütz Peter**, Präsident des Kantonalen Gewerbeverbandes Thurgau  
**Thomas Luc**, Direktor der Prométerre  
**Triponez Pierre**, NR, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband  
**Trümpy Andrea**, Präsidentin des Kantonalen Gewerbeverbandes Glarus  
**Veillon Pierre-François**, NR  
**Weigelt Peter**, NR, Unternehmer  
**Wellauer Urs**, Zentralpräsident des Schweiz. Kondiktor-Confiseurmeister-Verbandes  
**Weyeneth Hermann**, NR, Landwirt  
**Zemp Markus**, Präsident der Proviande  
**Z'graggen Tony**, Präsident des Kantonalen Gewerbeverbandes Uri  
**Zimmerli Hansjörg**, Vorstandsmitglied des Schweiz. Gewerbeverbandes, Unternehmer  
**Zuppiger Bruno**, NR, Unternehmer